

Vergabeverfahren zur

Beschaffung von Ladeinfrastruktur für Elektrobusse
Ausbaustufe 2

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Teilnahmebedingungen

Dresdner Verkehrsbetriebe AG, 13.05.2026

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeine Informationen zu diesem Dokument und zum Verfahren.....	3
II.	Gegenstand des Auftrags.....	3
1.	Zielstellung und Hintergrund.....	3
2.	Leistungen des gesuchten Auftragnehmers	4
III.	Angaben mit Gültigkeit für das gesamte Vergabeverfahren	6
1.	Auftraggeber	6
2.	Vergabeart.....	6
3.	Geplanter zeitlicher Ablauf des Verfahrens	7
4.	Kommunikation	7
5.	Form der Teilnahmeanträge und Angebote, Kostenerstattung	8
6.	Nachforderung von Unterlagen.....	9
7.	Ausschluss von Teilnahmeanträgen und Angeboten.....	9
8.	Bewerber- und Bietergemeinschaften.....	10
9.	Rügeobliegenheiten.....	10
10.	Hinweise zum Datenschutz.....	11
11.	Ausführungsbedingungen	12
12.	Aufhebungsvorbehalt	12
IV.	Teilnahmewettbewerb.....	12
1.	Fehlen von Ausschlussgründen.....	13
2.	Unternehmensangaben	13
3.	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....	13
4.	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	14
5.	Eignungsleihe und vorgesehener Unterauftragnehmereinsatz	15
6.	Verringerung der Bewerberzahl.....	16
7.	Für die Bewerbung vorzulegende Unterlagen	17
V.	Angebotsphase	17
1.	Grundsatz	17
2.	Nebenangebote	18
3.	Zuschlagskriterien.....	18

I. Allgemeine Informationen zu diesem Dokument und zum Verfahren

Diese Informationen zum Verfahren und Bewerbungsbedingungen gelten sowohl für den Teilnahmewettbewerb als auch für die sich anschließende Angebotsphase. Mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots werden lediglich ergänzende Informationen – u. a. zu den Zuschlagskriterien – ausgereicht. Vorrangig gelten die Festlegungen in der Bekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der EU („TED“).

Der Teilnahmewettbewerb dient der Festlegung des Bieterkreises für das genannte Vorhaben. Auf der folgenden, zweiten Stufe des Verfahrens werden die vom Auftraggeber nach Prüfung der Teilnahmeanträge ausgewählten Bewerber aufgefordert, ein erstes Angebot einzureichen. Nach Abgabe des Angebots werden Verhandlungen geführt, nach deren Abschluss die Bieter zur Abgabe des endgültigen Angebots aufgefordert werden. Über dieses Angebot wird nicht mehr verhandelt.

Die Erteilung des Zuschlags auf Basis des Erstangebots behält sich der Auftraggeber vor.

Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formblätter bzw. Dokumente sind zu verwenden. Eine Auflistung aller einzureichenden Unterlagen bzw. Erklärungen findet sich in Abschnitt IV.7 dieses Dokuments.

Sofern nachfolgend der Begriff Bewerber oder in diesem Zusammenhang der Begriff Unternehmen verwendet wird, gilt dieser gleichermaßen für Bürgergemeinschaften und deren Mitglieder, sowie im und für das spätere(n) Verfahren für Bieter und Bietergemeinschaften.

Sofern eine männliche Begriffsbezeichnung für die Bezeichnung von juristischen und/oder natürlichen Personen verwendet wird, so gilt dies ausdrücklich geschlechterübergreifend, auch in Bezug auf die Begriffe Bewerber und Bieter.

II. Gegenstand des Auftrags

1. Zielstellung und Hintergrund

Die Dresdner Verkehrsbetriebe AG (nachfolgend DVB AG / Auftraggeber) leistet durch die Beschaffung von Elektrobussen einen Beitrag an der Reduktion innerstädtischer Emissionen (CO₂-Ausstoß) in Dresden. Zu diesem Zweck muss die benötigte Ladeinfrastruktur schrittweise aufgebaut werden.

In einem ersten Beschaffungsschritt wurde im Jahr 2021 Ladeinfrastruktur für die Linien 68 und 81 installiert.

In den Jahren 2027 und 2028 wird die Linie 61 ebenfalls elektrifiziert; optional auch die Linien 85, 70 und 80. Mit diesem Verfahren soll die Ladeinfrastruktur für diese Linien beschafft werden. Da der Zulauf der Fahrzeuge bisher nur für die Linie 61 sichergestellt ist, ist die Ladeinfrastruktur für die weiteren Linien optionaler Auftragsbestandteil.

Hierfür werden Fördermittel in Anspruch genommen, entweder des Freistaats Sachsen oder aus Mitteln des *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*.

2. Leistungen des gesuchten Auftragnehmers

Die zu erbringenden Leistungen betreffen neben der Lieferung und Errichtung der Ladeinfrastruktur die Erbringung von Planungsleistungen, die Unterstützung des Auftraggebers bei Genehmigungsverfahren, Diagnosesysteme, Software, Kommunikations- und Backend-Systeme, Schulungen und Abstimmung sowie Tests mit den Fahrzeugherstellern der zu liefernden Fahrzeuge und eine mehrjährige Anschlussversorgung.

Das Beschaffungsvorhaben umfasst die folgenden wesentlichen Elemente:

- Integration von Mittelspannungsschaltanlage, Transformator, Leistungseinheiten und aller weiteren technischen Komponenten in begehbaren Ladestationen, Nutzung von 6 freien Montage- und Anschlussplätzen für Ladegeräte (Schaltschränke) innerhalb von 2 der bereits bestehenden Trafoladestationen (TLS) auf dem Betriebshof Gruna
- In Summe umfasst der Auftrag bis zu 43 Ladepunkte (18 Depotladepunkte mit 150 kW und 25 Schnellladepunkte mit 300 kW), hierfür müssen bis zu 14 TLS errichtet werden. Es werden 18 Depotladepunkte (1 TLS mit 12 Ladepunkten plus Nutzung von 6 freien Montageplätzen im bestehenden TLS) und 3 TLS mit jeweils 2 Schnellladepunkten als fester Auftragsbestandteil vergeben. Die restlichen 10 TLS mit 19 Schnellladepunkten kann der Auftraggeber als Option abrufen.
- Anschluss der Ladestationen an einen kundeneigenen 20 kV-Mittelspannungsring der DVB AG auf den Betriebshöfen; Anschluss der Ladestationen an den Linienendpunkten an das Mittelspannungsnetz des Energieversorgers (Netzanschlussanträge werden vom Auftraggeber gestellt)
- Kommunikation mit dem Fahrzeug mittels Kommunikationsprotokoll nach DIN EN ISO 15118 und ausschließlich konduktiv;
- Steuerung der Ladegeräte verpflichtend über OCPP 1.6 (mit der Möglichkeit für Update auf höhere OCPP-Version) durch das beim Auftraggeber bereits vorhandene Last- und Lademanagement (kurz: LLM) der Fa. Stausberg & Vosding, ggf. Durchführung eines Integrationstests. Das LLM dient u.a. dem „Peak Shaving“, die Ladegeräte müssen daher entsprechend fähig sein, die Ladeleistung in mehreren Stufen oder stufenlos zu drosseln; Integration der Energietechnik (MS-Schaltanlagen, usw.) in die vorhandene Visualisierung des LLM; notwendige Zuarbeiten und Nachtunternehmerleistungen müssen vom Auftragnehmer bei der Stausberg & Vosding GmbH angefragt und als Bestandteil der Gesamtleistung mit angeboten werden
- Das LLM muss in jeder neu errichteten Ladestation in der Lage sein, auch ohne Kommunikationsverbindung (Festnetz/Mobilfunk) zu arbeiten und die Einstellungen hinsichtlich der maximalen Netzanschlussleistung und weiterer technischer Parameter dennoch zu erfüllen.
- Integration von sanitären Einrichtungen sowie eines Aufenthaltsraumes in die Ladestation inkl. Anschluss an das Trink- und Abwassernetz
- Erfüllung der technischen Voraussetzungen, die Ladestationen für öffentlichen Personennahverkehr nach § 61 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a) SächsBO verfahrensfrei zu errichten
- Bauleistungen zur Aufstellung der Ladestation, der Lademasten, der Traversen in der Abstellhalle inklusive der kompletten Niederspannungsverkabelung, Tiefbauarbeiten und der Herstellung notwendiger Fundamente.
- Mittelspannungsschaltanlagen und die geeichte Energiemesseinrichtung entsprechend den TAB des Energieversorgers DREWAG;

- Fernwirkanbindung der Mittelspannungsschaltanlagen in die Netzleitstelle des Energieversorgers;
- Mittelspannungsanschluss am Aufstellort stellt die DREWAG zur Verfügung (Kabelendverschluss)
- Präventive und reaktive Instandhaltung (Wartungs- und Servicevertrag mit 24/7-Erreichbarkeit) inkl. Ersatzteilversorgung für alle Komponenten und Geräte im Lieferumfang für mindestens 10 Jahre mit Option auf Verlängerung
- Auslegung aller wesentlichen Komponenten der Ladeinfrastruktur für eine Lebensdauer von mindestens 25 Jahren
- Testphase vor Abnahme

Den im Ergebnis des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bewerbern wird mit der Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Angebotes das detaillierte Lastenheft sowie ein Vertragsentwurf mit den Bestandteilen

- Planungsleistungen
- Liefer- und Bauleistungen
- Schulungen
- Anschlussversorgung
 - Instandhaltung
 - Ersatzteilversorgung
 - Softwareservice /-support

zur Verfügung gestellt.

III. Angaben mit Gültigkeit für das gesamte Vergabeverfahren

1. Auftraggeber

Auftraggeber und Kontaktstelle ist die

Dresdner Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft (DVB AG)
Trachenberger Straße 40
01129 Dresden.

Die DVB AG ist eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Technischen Werke Dresden GmbH, welche wiederum eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt Dresden ist. Durch die Erbringung von öffentlichen Personennahverkehrsleistungen (Art. 11 der Richtlinie 2014/25/EU; Sektorentätigkeit gem. § 102 Abs. 4 GWB) agiert sie als – auch in diesem Vergabeverfahren – als Sektorenauftraggeber gem. § 100 Abs. 1 GWB.

2. Vergabeart

Der geschätzte Auftragswert übersteigt den EU-Schwellenwert gem. § 106 Abs. 2 GWB.

Das Verfahren wird unter Beachtung der Vorschriften des vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB, unter Einschluss der besonderen Vorschriften der §§ 136 ff.) sowie der Verordnung über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung, der Postdienste und der Energieversorgung (Sektorenverordnung – SektVO) geführt. Die nachfolgenden Bedingungen stellen lediglich Konkretisierungen der vorstehend genannten Regelungen dar, die uneingeschränkt und im Zweifel vorrangig gelten. Insbesondere werden die vergaberechtlichen Grundsätze der Gleichbehandlung, Diskriminierungsfreiheit und Transparenz im gesamten Verfahren beachtet.

Es wird ein **Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb** durchgeführt, was gem. § 13 Abs. 1 SektVO eines der Regelverfahren darstellt.

Die Projekt- und Verfahrenssprache ist deutsch. Insbesondere der Teilnahmeantrag nebst allen geforderten Nachweisen und Unterlagen, das indikative und das verbindliche Angebot sowie die komplette Dokumentation sowie alle weiteren Schriftstücke sind in deutscher Sprache abzufassen. Verhandlungen werden in Deutsch geführt. Die gesamte Auftragsrealisierung (u. a. Korrespondenz, Konstruktions- und andere Besprechungen und Verhandlungen, Schulungen) muss in deutscher Sprache erfolgen. Dies gilt für alle Projektphasen.

Für die Erstellung des Teilnahmeantrages werden die mit diesem Dokument und den Anlagen veröffentlichte Informationen als ausreichend erachtet. Die DVB AG wird mit diesen Unterlagen der Veröffentlichungspflicht gem. § 41 SektVO gerecht.

Teilnahmeanträge, indikative sowie verbindliche Angebote von Bewerbern bzw. Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bewerber bzw. Bieter auf Verlangen weitere Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3. Geplanter zeitlicher Ablauf des Verfahrens

Der nachfolgend abgebildete vorläufige Terminplan **ist mit Ausnahme des Fristablaufs für die Einreichung der Teilnahmeanträge** nicht verbindlich, sondern gibt einen Überblick über den geplanten Ablauf des Verfahrens.

Absendung Bekanntmachung zum TED	Mittwoch, 13.05.2026
Fristablauf für Einreichung Teilnahmeantrag	Montag, 15.06.2026, 12 Uhr
Aufforderung zur Abgabe der Erstangebote	Montag, 29.06.2026
Fristablauf Abgabe der Erstangebote	Freitag, 07.08.2026, 12 Uhr
Bietergespräche	ab Montag, 17.08.2026
Aufforderung zur Abgabe endgültiger Angebote	ab Montag, 31.08.2026
Fristablauf Abgabe der endgültigen Angebote	Freitag, 18.09.2026
Versand Informationsschreiben nach § 134 GWB	Dienstag, 22.09.2026
Zuschlag frühestens	Montag, 05.10.2026

Bei der **Abgabe der Teilnahmeanträge** ist der o. g. Termin „Fristablauf für Einreichung Teilnahmeantrag“ zwingend einzuhalten. Teilnahmeanträge, die nach Fristende eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten. Entscheidend für die Fristwahrung ist der Eingang auf der unter 4.4 genannten Vergabeplattform.

4. Kommunikation

Das gesamte Vergabeverfahren wird in elektronischer Form abgewickelt. Dazu wird die Vergabeplattform

<https://dtvp.de/>

genutzt.

Die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt in elektronischer Form über diese Vergabeplattform. Das umfasst insbesondere:

- die Bekanntmachung des Verfahrens,
- die Bereitstellung der Vergabeunterlagen,
- die Kommunikation im Vergabeverfahren (Bieteranfragen, Bieterinformationen),
- die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten,
- die Öffnung von Teilnahmeanträgen und Angeboten,
- die Nachforderung von Unterlagen,
- den Versand von Informationen über die Nichtberücksichtigung von Teilnahmeanträgen bzw. gem. § 134 GWB von Angeboten.

Telefonische Anfragen sind zu unterlassen. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt! Sie wären – falls sie doch erteilt werden – nicht verbindlich.

Die Unternehmen werden dazu angehalten, die Vergabeunterlagen unverzüglich sorgfältig nach deren Erhalt durchzusehen und diesbezügliche Fragen nach Möglichkeit frühzeitig zu stellen. Der Auftraggeber verweist darauf, dass gem. § 16 Abs. 3 SektVO Informationen „**rechtzeitig**“ anzufragen sind. Der Auftraggeber geht grundsätzlich davon aus, dass Fragen, die **später als sieben Kalendertage vor einem Fristende für die Einreichung von Teilnahmeanträgen oder Angeboten** eingehen, nicht mehr als rechtzeitig gestellt anzusehen sind.

Der Auftraggeber verweist auf die Möglichkeit, sich auf der Vergabeplattform registrieren zu lassen. Für den Abruf der Vergabeunterlagen ist dies jedoch nicht notwendig. Sämtliche Informationen zum Verfahren werden kosten- und barrierefrei zur Verfügung gestellt. Soweit bis zum Ablauf der Angebotsfrist Änderungen an den Vergabeunterlagen bzw. klarstellende Informationen an die Bieter erforderlich werden (z.B. Korrektur von Fehlern, Berücksichtigung von Bieteranfragen), werden diese Änderungen/Bieterinformationen ebenfalls in elektronischer Form – wie diese Unterlagen – über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt, registrierte Interessenten werden darüber automatisch informiert. Es stehen jeweils die aktuelle Version der Vergabeunterlagen, alle Bieterinformationen und eine Übersicht zur Änderungshistorie zur Verfügung. Es obliegt dem Bieter, diese Änderungen nachzuverfolgen und sein Angebot auf Basis der zuletzt eingestellten Version der Unterlagen zu erstellen.

Dessen ungeachtet sind die Unternehmen gehalten, sich selbständig und fortlaufend über alle Bedingungen zu unterrichten, die für die Erstellung ihrer Antrags- bzw. Angebotsunterlagen bedeutsam sind.

5. Form der Teilnahmeanträge und Angebote, Kostenerstattung

Die Unternehmen übermitteln, soweit nicht Laufe des Verfahrens abweichende Mitteilungen erfolgen, ihre Teilnahmeanträge und Angebote in Textform nach § 126b BGB über die elektronische **Vergabeplattform <https://dtvp.de/>** nach näherer Maßgabe dieser Bedingungen. Eine anderweitige Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten (auch über die Nachrichtenfunktion der Plattform oder per E-Mail) **ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss**. Die erforderlichen Unterlagen sind entweder je einzeln und mit Bezeichnung des Inhaltes als PDF-Datei hochzuladen oder es erfolgt die Abgabe in einem gesamten Dokument als PDF-Datei.

Angebote sind in all ihren Bestandteilen zwingend in deutscher Sprache einzureichen. Das gleiche gilt für den Schriftverkehr mit dem Auftraggeber. Eingereichte Urkunden oder Dokumente, die in einer anderen Sprache abgefasst sind, sind zwingend auch in deutscher Übersetzung vorzulegen.

Für die Erstellung der Teilnahmeanträge und Angebote werden Kosten nicht erstattet.

6. Nachforderung von Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, Bewerber oder Bieter gemäß § 51 Abs. 2 S. 1 SektVO unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte **unternehmensbezogene** Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige **leistungsbezogene** Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Fordert der Auftraggeber Angaben etc. berechtigterweise nach, hat der Bewerber bzw. Bieter diese dem Auftraggeber innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist zu übermitteln. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang auf der Vergabepattform (siehe IV.4).

Sollte ein Bewerber oder Bieter der Nachforderung nicht nachkommen, wird der Teilnahmeantrag oder das Angebot in Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes von der Wertung ausgeschlossen.

7. Ausschluss von Teilnahmeanträgen und Angeboten

Die SektVO enthält keine normierten Gründe für den Ausschluss von Teilnahmeanträgen oder Angeboten. Der Auftraggeber richtet sich insoweit nach den Grundprinzipien des Vergaberechts, insbesondere nach dem Transparenzgebot und dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Bewerber und Bieter.

Der Auftraggeber wird regelmäßig Teilnahmeanträge und Angebote nach pflichtgemäßem Ermessen, das sich auf Null reduzieren kann, unter den folgenden Voraussetzungen ausschließen:

1. Nichterfüllung von Eignungskriterien;
2. Teilnahmeanträge/Angebote sind nicht form- oder fristgerecht eingegangen, es sei denn, der Bewerber/Bieter hat dies nicht zu vertreten;
3. Teilnahmeanträge/Angebote enthalten nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen;
4. Teilnahmeanträge/Angebote enthalten Änderungen des Bewerbers/Bieters an seinen Eintragungen, die nicht zweifelsfrei sind;

5. in Teilnahmeanträgen/Angeboten wurden Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen;
6. Angebote enthalten nicht die erforderlichen Preisangaben, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen;
7. es handelt sich um nicht zugelassene Nebenangebote oder Nebenangebote, die nicht die Mindestanforderungen erfüllen.

8. Bewerber- und Bietergemeinschaften

Bewerber- und Bietergemeinschaften werden wie Einzelbewerber und -bieter behandelt. Bewerber- und Bietergemeinschaften müssen keine bestimmte Rechtsform haben, um einen Antrag auf Teilnahme zu stellen oder ein Angebot abzugeben.

Das ausgefüllte Formblatt „**Anlage 4 Erklärung Bewerbergemeinschaft**“ ist dem Teilnahmeantrag im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft beizufügen.

Das ausgefüllte Formblatt „**Anlage 2 Eigenerklärung zur Eignung**“ ist **von jedem Mitglied** einer Bewerbergemeinschaft einzureichen. Mindestanforderungen an die Eignung sind dennoch von der Bewerbergemeinschaft **als Ganzes** zu erfüllen.

Im Fall der Beauftragung wird die gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder der ARGE / des Konsortiums verlangt.

9. Rügeobliegenheiten

Erkennt ein Bewerber oder Bieter einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, hat er dies gegenüber dem Auftraggeber gem. § 160 Abs. 1 Nr. 1 GWB innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen zu rügen.

Unabhängig davon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Außerdem müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstößt ein Bieter gegen diese Obliegenheiten, ist ein etwaiger Antrag auf Nachprüfung des Vergabeverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 3 GWB unzulässig.

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Bewerbers / Bieters mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Rügeföhrer hiergegen einen Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer stellen. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB).

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens alle Verfahrensbeteiligten nach § 165 Abs. 1 GWB ein Akteneinsichtsrecht haben. Mit der Abgabe eines Angebotes wird dieses in die Akten des Auftraggebers aufgenommen. Jeder Bieter muss daher mit der konkreten Möglichkeit rechnen, dass sein Angebot mit allen Bestandteilen von den anderen Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Es liegt daher im eigenen Interesse eines jeden Bieters, schon in seinem Angebot auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen, die Einsicht in die Akten zu versagen, hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen.

Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:

1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen
Braustraße 2, 04107 Leipzig, Deutschland
URL: https://www.ids.sachsen.de/index.asp?ID=4421&art_param=363
Vorsitzende: Frau Wiltrud Kadenbach
Telefon: +49 341 9773800
Telefon Geschäftsstelle: +49 341 9773202
Telefax: +49 341 9771049
E-Mail: wiltrud.kadenbach@ids.sachsen.de

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertagen nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber.

Abgelehnten Bewerbern wird unverzüglich eine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt. Eine nochmalige Information im Zusammenhang mit der Zuschlagserteilung erfolgt gem. § 134 Abs. 1 S. 2 GWB nicht.

Die Unwirksamkeit einer Beauftragung kann gemäß § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

10. Hinweise zum Datenschutz

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens ist es notwendig, personen- und firmenbezogene Daten, wie Kontaktdaten und Referenzen zu erheben, elektronisch zu speichern und zu verarbeiten. Hierzu werden die Unterlagen inkl. der zugehörigen personenbezogenen Daten zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Nachvollziehbarkeit digital archiviert. Der Bewerber erklärt mit Einreichung des Teilnahmeantrages, mit diesem geschilderten Vorgehen einverstanden zu sein. Die personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt, nicht für andere Zwecke eingesetzt oder an Dritte weitergeleitet.

11. Ausführungsbedingungen

Auf folgende Ausführungsbedingungen wird bereits jetzt hingewiesen:

- Ansprechpartner des Auftragnehmers mindestens Sprachniveau "kompetente Sprachverwendung C1" gemäß dem gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen in deutscher Sprache (<http://www.europaeischer-referenzrahmen.de>).
- Des Weiteren hat der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsausführung nur Produkte zu verwenden, die unter Beachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) festgelegten Mindeststandards hergestellt und/oder verarbeitet wurden. Die Einhaltung dieser Forderung stellt eine Ausführungsbedingung dar. **Der Bewerber hat sich hierzu bereits mit Abgabe des Teilnahmeantrags zu erklären** (Bestandteil der **Anlage 2 Eigenerklärung zur Eignung**).
- Im Rahmen der Ausführung sind zu Kontrollzwecken auf Verlangen vollständige und aussagekräftige Unterlagen vorzulegen (z.B. über die Abführung von Steuern und Beiträgen an Sozialversicherungsträger, Entgeltabrechnungen, Preisaufgliederungen). Die Nichteinhaltung der ILO-Konventionen und/oder eine wesentlich falsche Erklärung kann den Ausschluss auch von weiteren Vergabeverfahren bzw. eine fristlose Kündigung zur Folge haben.

12. Aufhebungsvorbehalt

Der Auftraggeber behält sich die Einstellung bzw. Aufhebung des Verfahrens vor. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die Gesellschafter des Auftraggebers, dem im Rahmen des Verfahrens erzielten Verhandlungsergebnis aus buchhalterischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht zustimmen oder aus geänderten Beschaffungsbedarfs- oder Fördermittelsituationen das Vergabeverfahren nicht durch Zuschlag beendet werden kann. Bewerber bzw. Bieter dürfen daher nicht auf die Durchführung dieses Beschaffungsvorhabens oder einen Vertragsabschluss vertrauen. Ein Kontrahierungszwang für den Auftraggeber besteht nicht.

IV. Teilnahmewettbewerb

Der Auftrag darf nur an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben werden, die nicht nach § 123 oder § 124 GWB auszuschließen sind. Hierfür sind das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und die nachstehend aufgeführten Eignungskriterien (einschließlich der genannten Mindestbedingungen) maßgeblich. Hierfür ist grundsätzlich das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ (Anlage X) zu verwenden.

Nachweise über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen bzw. die Erfüllung von Eignungsanforderungen können auch über die Eintragung in Präqualifikationsverzeichnisse geführt werden; soweit die dortigen Nachweise veraltet sind oder nicht genügen, sind sie zu ergänzen. Bewerber haben selbständig zu überprüfen, ob und in welchem Umfang ergänzende Nachweise notwendig sind.

Der Auftraggeber behält sich vor, Bewerber aufzufordern, weitere Nachweise, insbesondere von zuständigen Behörden und auskunftsberechtigten Stellen, zu verlangen. Hierfür wird Bewerbern eine angemessene Frist gesetzt.

Soweit neben den Eigenerklärungen weitere Nachweise verlangt werden, haben ausländische Bewerber gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes beizubringen. Diese sind ins Deutsche zu übersetzen. Übersetzungen von behördlichen Bescheinigungen müssen amtlich beglaubigt sein.

1. Fehlen von Ausschlussgründen

Bewerber müssen über das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ eine Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der § 123 und § 124 GWB bzw. im Falle des Vorliegens von Ausschlussgründen eine Eigenerklärung dazu abgeben, ob und welche Maßnahmen des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB getroffen wurden; ferner abzugeben ist die Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzarbG oder im Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen vorliegen.

2. Unternehmensangaben

Neben den Angaben zum Unternehmen bzw. zu den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft auf dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ein aktueller (nicht älter als drei Monate) Handelsregistrauszug vorzulegen. Der Bewerber hat ferner eine Erklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen abzugeben.

3. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind vorzulegen:

- Folgende Angaben gem. **Formblatt „Anlage 2: Eigenerklärung zur Eignung“ Abschnitt „wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit“**:
 - Angaben zum Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebende Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen
 - Angaben / Nachweise zur Größe des Unternehmens inkl. Angabe KMU
 - Nachweis über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung (Deckungssumme mind. 10.000.000 EUR) durch Vorlage des Versicherungsscheins (Scan); **alternativ** Erklärung, dass eine projektbezogene Betriebshaftpflichtversicherung für den Fall der Auftragserteilung mit einer Mindestdeckungssumme je Schadenereignis von 10.000.000 € für Personen-, Sach- und Vermögensschäden je Versicherungsjahr abgeschlossen wird. Auch in diesem Fall ist zusätzlich ein Scan über die bestehende Versicherungsdeckung beizufügen.

4. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind vorzulegen:

- Folgende Angaben gem. **Formblatt „Anlage 2 Eigenerklärung zur Eignung“** Abschnitt „technische und berufliche Leistungsfähigkeit“ in Bezug auf
 - das Vorliegen von Referenzen sowie
 - die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren und
 - die Angabe der **technischen Fachkräfte**, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen. Der Bewerber muss nachweisen, dass er über das für die Leistungserbringung benötigte Personal verfügt.
- Ergänzende Angaben zu den Referenzen gem. Formblatt „Anlage 3 Eigenerklärung zu Referenzen“ über
 - Teil A - Referenzprojekte für den Abschluss von Instandhaltungsverträgen für Ladeinfrastruktur
 - Teil B - Referenzprojekte für die Lieferung und Errichtung von Ladeinfrastruktur für Busse mit Pantographenladung
 - Teil C - Referenzprojekte für die Lieferung und Errichtung von Ladeinfrastruktur für Busse mit Pantographenladung im Streckennetz
 - Teil D - Referenzprojekte für die Anbindung von Ladegeräten an ein bestehendes Last- und Lademanagement

Pro Kategorie A bis D werden Mindestanforderungen gestellt; bei deren Übererfüllung werden Punkte vergeben:

- Teil A: **Mindestanforderung:** Der Bewerber kann mindestens eine Referenz vorweisen, die **a)** einen Instandhaltungsvertrag über vollumfänglichen Hard- und Software-Support für Ladestationen für Elektrobusse im nachfolgenden genannten Zeitraum zum Gegenstand hat bzw. hatte, wobei **b)** der Beginn der tatsächlichen Leistungserbringung des Instandhaltungsvertrag (bereits abgeschlossene bzw. aktuell laufende Projekte) innerhalb der vergangenen fünf Kalenderjahre liegt.
Wertung: Für jedes weitere Referenzprojekt, das die inhaltlichen Anforderungen a) und b) erfüllt, erhält der Bewerber 30 Punkte. Es können damit **maximal 90 Wertungspunkte** erzielt werden.
- Teil B: **Mindestanforderung:** Der Bewerber hat mindestens ein Referenzprojekt innerhalb der vergangenen fünf Kalenderjahre abgeschlossen, bei dem eine Ladestation mit mindestens zwei Ladepunkten errichtet wurde. Das eingesetzte Pantographensystem (ortsfest oder fahrzeugseitig) ist hierbei unerheblich.
Wertung: Der Bewerber erhält für jeden Ladepunkt, der in diesem oder bis zu maximal zwei weiteren Projekten im selben Zeitraum errichtet und in Betrieb genommen wurde, 5 Punkte. Es können **maximal 300 Wertungspunkte** erzielt werden.

- Teil C: **Mindestanforderung:** Der Bewerber hat mindestens ein Referenzprojekt innerhalb der vergangenen fünf Kalenderjahre abgeschlossen, bei dem eine Ladestation mit mindestens zwei Ladepunkten außerhalb eines Betriebshofes errichtet wurde. Das eingesetzte Pantographensystem (ortsfest oder fahrzeugseitig) ist hierbei unerheblich.
Wertung: Der Bewerber erhält für jeden Ladepunkt, der in diesem oder bis zu maximal zwei weiteren Projekten im selben Zeitraum errichtet und in Betrieb genommen wurde, 10 Punkte. Es können **maximal 300 Wertungspunkte** erzielt werden.
- TEIL D: **Mindestanforderung:** Der Bewerber kann mindestens eine Referenz nachweisen, welche die Lieferung und Anbindung der gelieferten Ladegeräte an ein Last- und Lademanagementsystem (LLM) über den Standard OCPP (Open Charge Point Protocol) umfasst. Es ist dabei der Anbieter des jeweils eingesetzten LLM zu benennen.
Wertung: Für jede weitere diesen Anforderungen entsprechende Referenz (maximal drei) erhält der Bewerber 30 Punkte. Es können damit **maximal 90 Wertungspunkte** erzielt werden.

Zusätzlich zu den Angaben auf **Formblatt „Anlage 3 Eigenerklärung zu Referenzen“** sind **auf gesonderte Anforderung** durch den Auftraggeber ergänzende Erläuterungen (jeweils max. 3 DIN-A4 Seiten) zu den Referenzen vorzulegen (keine vorgefertigten Broschüren oder Werbematerialien!).

Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben des Bewerbers, insbesondere Referenzangaben zu prüfen und Erkundungen bei den Referenzgebern einzuholen und/oder weitere Unterlagen zur Überprüfung der Angaben abzufordern.

5. Eignungsleihe und vorgesehener Unterauftragnehmereinsatz

Ein Bewerber (auch einzelne Mitglieder von Bewerbergemeinschaften) kann gem. § 47 SektVO im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen.

5.1 Eignungsleihe

Soll eine **Eignungsleihe** erfolgen, ist das **Formblatt „Anlage 5 Erklärung einfache Unterauftragnehmer und Eignungsleihe“** an der vorgesehenen Stelle (**Abschnitt 2.**) auszufüllen.

Der Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllen, und ob Ausschlussgründe vorliegen, sofern er solche festgelegt hat. Bewerber müssen ein Unternehmen, das das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen, ersetzen. Der Auftraggeber wird dem Bewerber dafür eine angemessene Frist setzen.

Zum Zwecke dieser Prüfung sind die notwendigen Einungsnachweise gem. § 47 Abs. 2 SektVO für die als „Leihgeber“ angegebenen Unternehmen vorzulegen. Hierzu genügt es zunächst, wenn das vorgesehene Unternehmen seinerseits das **Formblatt „Anlage 2 Eigenerklärung zur Eignung“** ausfüllt und dieses eingereicht wird. Der Auftraggeber behält sich die Nachforderung von Unterlagen vor.

Nimmt ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe.

Die Inanspruchnahme einer Eignungsleihe ist nicht gleichbedeutend mit dem Einsatz von Unterauftragnehmern. Ein Bewerber kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Auf gesonderte Anforderung haben benannte Eignungsleihgeber unter Verwendung des **Formblatts „Anlage 6 Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“** zu erklären, dass sie ihre Leistungen zur Verfügung stellen. Handelt es sich um einen Fall der Eignungsleihe im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, muss auch die Erklärung zur gemeinsamen Haftung auf diesem Formblatt abgegeben werden.

5.2 Einfache Unterauftragnehmer

In allen sonstigen Fällen (also „reiner“ Unterauftragnehmereinsatz ohne Eignungsleihe) ist ebenfalls das Formblatt **Formblatt „Anlage 5 Erklärung einfache Unterauftragnehmer und Eignungsleihe“** an der hierfür vorgesehenen Stelle (**Abschnitt 1.**) auszufüllen. Die Benennung der insoweit vorgesehenen Unterauftragnehmer ist im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs erwünscht, aber nicht notwendig.

6. Verringerung der Bewerberzahl

Dieses Vergabeverfahren bedeutet nach Einschätzung des Auftraggebers sowohl für die Bewerber als auch für den Auftraggeber einen deutlich überdurchschnittlichen Aufwand in Bezug die Erarbeitung von Teilnahmeanträgen und Angeboten sowie deren Prüfung. Dies gilt insbesondere auch in Hinblick auf die geschätzte Dauer des Verfahrens.

Damit liegen nach Einschätzung des Auftraggebers die Voraussetzungen des § 45 Abs. 3 SektVO vor. Demnach darf der Auftraggeber, um ein angemessenes Gleichgewicht zwischen bestimmten Merkmalen des Vergabeverfahrens und den notwendigen Ressourcen für dessen Durchführung sicherzustellen, die Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe oder zur Aufnahme von Verhandlungen aufgefordert werden, begrenzen.

Es ist beabsichtigt, das Verfahren mit mindestens drei und höchstens vier Bewerbern auf der zweiten Stufe zu führen.

Sind nach formaler Prüfung – auch in Hinblick auf die Mindestanforderungen an die Eignung – weniger als drei geeignete Bewerber vorhanden, darf der Auftraggeber das Verfahren dennoch weiterführen.

Bei mehr als vier geeigneten Bewerbern wird die Begrenzung der Anzahl der Bewerber gem. § 45 Abs. 3 SektVO anhand der Referenzangaben gem. Formblatt „**Anlage 3 Eigenerklärung zu Referenzen**“ vorgenommen.

7. Für die Bewerbung vorzulegende Unterlagen

Für eine vollständige Bewerbung sind die folgenden Unterlagen über die Vergabeplattform einzureichen:

7.1 Erklärungen auf Anlagen

- Anlage 1: Teilnahmeantrag (zwingend)
- Anlage 2: Eigenerklärung zur Eignung (zwingend)
- Anlage 3: Eigenerklärung zu Referenzen (zwingend)
- Anlage 4: Erklärung der Bergwerksgemeinschaft (erforderlichenfalls)
- Anlage 5: Erklärung einfache Unterauftragnehmer und Eignungsleihe (erforderlichenfalls)
- Anlage 6: Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (erforderlichenfalls und nur auf gesonderte Anforderung)

7.2 Sonstige Unterlagen

- Scan Auszug Handels- oder Berufsregister (zwingend)
- Scan Versicherungsschein (zwingend)
- Ergänzende Referenzangaben (nur auf gesonderte Anforderung)

V. Angebotsphase

Hinweis: Die nachstehenden Angaben dienen ebenso wie die übrigen in Bezug auf die Angebotsphase ausgereichten Unterlagen zunächst dazu, Interessenten die Einschätzung zu ermöglichen, ob sie sich am Verfahren beteiligen wollen.

1. Grundsatz

Während der Angebotsphase verhandelt der Auftraggeber mit den Bietern über das von ihnen eingereichte Erstangebot mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern.

Die Bieter erhalten auf der zweiten Stufe des Verfahrens ergänzende Unterlagen (u. a. Lastenheft) sowie die Entwürfe der vorgesehenen Liefer- und Instandhaltungsverträge.

2. Nebenangebote

Nebenangebote/Änderungsvorschläge/Varianten sind nicht zugelassen.

Verhandlungsbedarf ist auf gesonderter, selbst erstellter Anlage anzumelden. Es besteht kein Anspruch darauf, dass der Auftraggeber auf ein Verhandlungsbegehren eingeht.

Etwasige Mindestanforderungen an die Leistung werden abschließend erst mit der Aufforderung zur Abgabe endgültiger Angebote festgelegt.

3. Zuschlagskriterien

Der Auftraggeber erteilt den Zuschlag nach Maßgabe der §§ 52 Abs. 1 SektVO, 127 GWB auf das wirtschaftlichste Angebot anhand der nachstehend genannten Kriterien:

Zuschlagskriterium	Wichtung	Maximal erreichbare Wertungspunktzahl
Wirkungsgrad	35 %	35
Betriebs- und Folgekosten	30 %	30
Preis	20 %	20
Lieferfrist	15 %	15
	100 %	100

Methodisch erfolgt die Bewertung anhand der nachstehend erläuterten Systematik.

Die erzielten Wertungspunkte der vier Kriterien werden zur Gesamtwertungspunktzahl addiert. Das Angebot mit der höchsten Gesamtwertungspunktzahl erhält den Zuschlag. Bei Punktgleichheit gibt der höchste Wirkungsgrad den Ausschlag.

3.1 Kriterium „Wirkungsgrad“ – 35 %

Gewertet werden die Angaben des Bieters zum durchschnittlichen Wirkungsgrad.

Das Angebot mit der höchsten Punktsumme erhält 35 Wertungspunkte. Null Wertungspunkte erhält ein Angebot, das lediglich die Hälfte der höchsten Punktsumme oder weniger erzielt hat. Dazwischen erfolgt die Ermittlung der Wertungspunkte der übrigen Angebote im Wege der linearen Interpolation, wobei die ermittelten Wertungspunkte kaufmännisch auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet werden.

3.2 Kriterium „Betriebs- und Folgekosten“ – 30 %

Gewertet werden die Angaben des Bieters zu den Kosten aus dem Energieverbrauch (Gesamtfolgekosten). Die Gesamtfolgekosten werden aus der Summe der einzelnen Energieverbrauchs-kosten ermittelt.

Das Angebot mit den niedrigsten Gesamtfolgekosten erhält 30 Wertungspunkte. Null Wertungspunkte erhält ein Angebot, bei dem die Gesamtfolgekosten das doppelte oder mehr als die niedrigsten Gesamtfolgekosten betragen.

Dazwischen erfolgt die Ermittlung der Wertungspunkte der übrigen Angebote im Wege der linearen Interpolation, wobei die ermittelten Wertungspunkte kaufmännisch auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet werden.

3.3 Kriterium „Preis“ – 20 %

Im Preiskriterium wird die Wertungssumme (netto) gemäß Preisblatt gewertet.

Das Angebot mit der niedrigsten Wertungssumme erhält 20 Wertungspunkte. Null Punkte erhält ein Angebot, dessen Wertungssumme das Doppelte oder mehr von der niedrigsten Wertungssumme beträgt. Dazwischen erfolgt eine lineare Interpolation, wobei die ermittelten Wertungspunkte kaufmännisch auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet werden.

3.4 Kriterium „Lieferfrist“ – 15 %

Die Wertung erfolgt anhand der vom Bieter angegebenen Ausführungsfrist.

Ein Angebot, das die Einhaltung der vorgegebenen Ausführungsfrist verspricht, erhält 0 Wertungspunkte (das Angebot einer noch längeren Frist führt zum Ausschluss). Ein Angebot, das eine **Verkürzung um 2 Monate** verspricht, erhält 15 Wertungspunkte. Die Ermittlung der Wertungspunkte innerhalb dieses Korridors erfolgt über eine lineare Interpolation, wobei die ermittelten Wertungspunkte kaufmännisch auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet werden.